

Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 28. Juni.

Beendigung der Budgetdebatte.

Die Budgetdebatte wurde heute beendet und der Hauptvoranschlag unverändert beschlossen. Die Christlich-sozialen hatten beantragt, die für ein Krematorium einzusetzen 50.000 Kronen zu streichen und für die Kronleichnamsprozession 23.000 Kronen aus Gemeindegeldern ins Budget einzusetzen. Beides wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit abgelehnt. In der Spezialdebatte wurde eine große Zahl von anregenden Anträgen gestellt, die dem Stadtrat zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen wurden. In der Sitzung wurde auch das Lehrgeldgesetz, die Erhöhung der Lagen für Jagdkarten (2, 4 und 6 Kronen auf 200, 300 und 400 Kronen) sowie eine Erhöhung der Marktgebühren beschlossen. Hierüber hat noch der Landtag zu entscheiden. Die ganze Sitzung nahm einen sehr würdigen Verlauf. Der Bürgermeister konnte auch für die sachliche Beratung des Budgets allen, ohne Unterschied der Partei, den Dank aussprechen.

Bürgermeister Reumann führt den Vorst. Es wird die Spezialdebatte über die

Öffentlichen Arbeiten

fortgesetzt. Es werden mannigfache Wünsche vorgebracht. Fischer wünscht, daß der Teil der Walscherstraße zwischen der Vorgarten- und der Innstraße beim Kohlenhof, der bisher abgesperrt war, wieder geöffnet werde. — Udele Partisal regt an, in jedem Hause einen Behälter aufzustellen, in den die Gemütsabfälle zu geben sind. Diese wären als Schweinemastfutter zu verwenden. — Jler erinnert, daß es dringend notwendig ist,

die Stadtbahn wieder zu eröffnen. — Procznyer beantragt die Abweisung und Karalisierung eines Teiles der Goldschlagstraße. — Bstsch bedauert, daß die Verbindungsbrücke zwischen der Brigittenau und Floridsdorf eigentlich ein Verkehrshindernis ist. Die Ueberbrückung des Donaustromes dort soll beschleunigt werden. — Reismann ersucht, den Bau des Liesingalsammelfanals womöglich zu fördern.

Markt- und Hyprovisionierungswesen.

Sieß (Sozialdemokrat): Der Erlaß über die Umschreibung der Preise wird teilweise nicht mehr eingehalten und ein Teil der Lebensmittelhändler trägt ein proziges Benehmen gegenüber der Bevölkerung, die an der Grenze ihrer Geduld angelangt ist, zur Schau. Der Markt am Eugenyplatz in Favoriten ist entsprechend auszugestalten. — Doppel (Christlichsozial) beantragt, den Markt am Dornierplatz in Dornals in einer den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechenden Weise auszugestalten. — Vizebürgermeister Emmerling: Ich habe Gelegenheit gehabt, die Verhältnisse am Markt am Dornierplatz zu studieren; sie sind wirklich trostlos und ich habe den Aufruf erteilt, daß Abhilfe geschaffen wird. — Udele Partisal beantragt, einen Markt in Baumgarten zu errichten. — Karl Schmid real an, in Döbling in der „Krim“ Märkte zu errichten und den Lieferungszwang für diese Märkte zu sichern. — Sindel verlangt Vorschläge zur Kommunalisierung der Milchindustrie, des Brotes und des Fleisches, damit nach der Fertigstellung der Sozialisierungs- und Enteignungsgesetze durch die Nationalversammlung sofort an die Kommunalisierung dieser Lebensmittelbetriebe geschritten werden kann.

Sanitätswesen.

Alt beantragt, den Magleinsborfer Friedhof aufzulassen und in eine Gartenanlage umzuwandeln. Schmid (Christlichsozial) spricht gegen die Vorschläge für die Errichtung eines Krematoriums im Betrag von 50.000 Kronen. Im Namen des Klubs erklärt er, für diese Post nicht stimmen zu wollen, und beantragt die Streichung. Hofbauer beantragt, das Kinderreidbad im Wienfluß in ein Freibad für Erwachsene auszugestalten. — Udele (Christlichsozial) beantragt die Wiedererrichtung der gemeinderätlichen Bädertommision und eine bessere Belieferung der Badeanstalten mit Kohle. — Vizebürgermeister Emmerling bemerkt, daß die Bädertommision wieder einberufen werden wird. — Jenschik beantragt, die in der Udgelle befindliche, derzeit geschlossene Badeanstalt von der Gemeinde zu übernehmen und als Kinderbad einzurichten. Er beantragt ferner, das Kaiser Franz Josefs-Bad in Dornals in Dornaler Volksbad umzubenennen. — Karl Schmid beantragt, das im Kuglerpark projektierte Volksbad als Volksbad einzurichten. — Reismann ersucht, in Weidling ein Volksbad zu errichten. — Wimmer beantragt, daß alle städtischen Bäder den Krankentassenmitgliedern ebenso wie bereits die Privataber gegen Anweisungen der Krankentassen zugänglich gemacht werden. — Alt beantragt, das wegen Kohlenmangels gegenwärtig nicht betriebene Bad in der Sudbrunnstraße in eigener Regie zu betreiben. — Auch Christlichsoziale haben den Bau von Bädern beantragt. Auf alle Anregungen antwortet der Referent Breitter: Es war uns gewiß höchst unangenehm, Posten für Volksbäder streichen zu müssen. Wir haben im Voranschlag für Bauten einen Betrag von 210 Millionen eingestellt, während das Gesamterfordernis für die Gebahrung im Jahre 1918 237 Millionen betragen hat. Die Post für das Bad in Favoriten ist eingesetzt und wird durchgeführt werden. Wenn wir kein Baumaterial haben, dürfen Sie das nicht uns zum Vorwurf machen. Ich bin dafür, daß alle Anträge wegen Errichtung von Bädern an den Stadtrat mit der dringenden Aufforderung geleitet werden, zu trachten, im Laufe des Jahres die Mittel zu beschaffen und die Bezirke, welche noch kein Volksbad haben, mit einem solchen auszustatten. Ich bitte aber, nicht an und für sich das Defizit zu erhöhen. Es wird alles geschehen, was im Bereich der Möglichkeit liegt.

Grünfeld wünscht das mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfende Leopoldstädter Kinderspital zu sanieren. — Dr. Grün weist darauf hin, daß in Wien 9500 Spitalbetten für allgemeine Krankheiten und nur 2000 Spitalbetten für Tuberkulose zur Verfügung stehen und daß auf 10.000 Einwohner 44 Betten entfallen. — Dr. Haas (Christlichsozial) ersucht, der Bürgermeister möge sich dafür einsetzen, daß das Flüchtlingslager in Steinklamm von der Gemeinde in den Dienst der Tuberkulosebekämpfung gestellt wird und daß die beabsichtigte Einstellung von 500 Betten ehestens ermöglicht wird. — Bürgermeister Reumann bemerkt, daß er den dringendsten Wunsch hat, die Angelegenheit Steinklamm zu realisieren, er weist aber auf die Schwierigkeiten hin, die bestehen. Es handelt sich nicht allein um die Aufstellung der 500 Betten, sondern es handelt sich auch um die Betriebskosten, die sich auf 22 bis 24 Kronen für einen Patienten stellen werden. Es muß darüber Klarheit geschaffen werden, ob die gewaltigen Lasten aufgebracht werden können. Die Angelegenheit wird genau geprüft werden und was dringend wünschenswert ist, soll durchgeführt werden, wenn auch nicht vergessen werden darf, daß die Möglichkeit in den gegenwärtigen Verhältnissen sehr gering ist.

Alle Anträge mit Ausnahme jenes auf Streichung der Post für Vorarbeiten eines Krematoriums, das abgelehnt wird, werden dem Stadtrat zugewiesen.

Armen- und Wohlfahrtspflege.

Amalie Bstsch verlangt, daß die Bernmittel an sämtliche Schulkinder unentgeltlich abgegeben werden, und beantragt, einen dementsprechenden Betrag in das Budget einzusetzen. — Grünfeld beantragt die Herriichtung des ersten Pavillons im Lainzer Versorgungsheim. — Beremann schildert die furchtbaren Zustände von Wohnungen in mehreren Häusern der Leopoldstadt und verlangt eine ständige Inspektion zum Zwecke der Ueberprüfung der Wohnungen auf ihre sanitären Verhältnisse. — Dr. Scheu verlangt, daß die Wohnungskommissäre mit Personal ausreichend dotiert werden. Er beantragt, die Abänderung der Projekte für die Kriegerwohnhäuser aufber Schmelz derart umzugestalten, daß den Bedürfnissen nach weiträumiger Wohnweise, Spielplätzen und Gartenanlagen in weitem Maße entgegengekommen und die zur Ausführung gelangende Wohnungsgruppe als eine stadtbauulich in sich geschlossene Anlage konstruiert wird.

Kultusangelegenheiten.

Schmid (Christlichsozialer) beantragt, für die Fronleichnamsfestlichkeiten wieder 23.000 Kronen einzusetzen. Der Antrag wird abgelehnt, die Referentenanträge angenommen.

Unterrichtswesen.

Jorde beantragt, einjährige Lehrkurse für die der Schule entwachsene Jugend (vierte Bürgerklasse) in jenen Bezirken zu errichten, wo nach Ermessen des Bezirkskulturrates Bedürfnis nach diesen Kursen besteht.

Konfiskations- und Militäranglegenheiten.

Thonner bemerkt, daß es nicht angeht, daß in der größten Stadtrepublik Deutschösterreich noch immer Straßen